Wirtschaft und Verwaltung machen sich gemeinsam für eine durchgängige elektronische Rechnungsbearbeitung stark

Wirtschaft und Verwaltung machen sich gemeinsam für eine durchgängige elektronische Rechnungsbearbeitung stark

Das Bundesministerium des Innern, das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und der Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) haben heute durch eine gemeinsame Erklärung im Rahmen der CeBIT ihre Bereitschaft bekundet, die Einführung der elektronischen Rechnungsstellung in der Privatwirtschaft sowie der öffentlichen Verwaltung in Deutschland zu beschleunigen. In der gemeinsamen Erklärung werden Verbände, Wirtschaft und Verwaltung aufgefordert, die Anstrengungen zur Einführung der eRechnung weiterhin zu unterstützen und so einen effektiven Beitrag zur Senkung der Bürokratiekosten zu leisten.
Hierzu erklärt die IT-Beauftragte der Bundesregierung, Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe: "Mit der eRechnung ermöglichen wir künftig einen unbürokratischen Rechnungsaustausch zwischen Wirtschaft und Verwaltung. Wir senken Kosten und schaffen medienbruchfreie Prozesse von der Beschaffung bis zur abschließenden Bezahlung."
In Deutschland werden jährlich rund 32 Milliarden Rechnungen ausgetauscht, wobei der Anteil der elektronisch versandten Rechnungen derzeit lediglich im einstelligen Prozentbereich liegt. Mit der eRechnung sparen Rechnungssteller Porto- und Druckkosten. Mit dem in der gemeinsamen Erklärung empfohlenen Datenmodell können Unternehmen und Verwaltung zudem als Rechnungsempfänger ihre Verfahren auf eine durchgängig elektronische Rechnungsbearbeitung umstellen. Hierdurch wird die eRechnung zur wesentlichen Grundlage für ein modernes Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen.
Das Bundesministerium des Innern hat darüber hinaus in Zusammenarbeit mit der Goethe Universität Frankfurt am Main Lösungswege für die Umstellung auf elektronische Rechnungen definiert, bewertet und daraus eine Handlungsempfehlung für seinen Geschäftsbereich und generell für die Verwaltung abgeleitet. Als vorteilhafteste Lösung wurde der E-Mail-Empfang von Rechnungen im Sichtformat (z.B. PDF-Format) plus Datensatz erkannt. Bei dieser Lösung können die Daten anschließend weiterverarbeitet werden. Sie spart Kosten und steigert die Prozessqualität auf Versender- und Empfängerseite.
Die Umsetzung der Handlungsempfehlung sowie die Anwendung des Datenformates erprobt das Bundesministerium des Innern zurzeit in Pilotprojekten beim Technischen Hilfswerk, der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Bundesverwaltungsamt. Um auch auf Landes- und Kommunalebene die Behörden von den Vorteilen der Einführung des elektronischen Rechnungsaustausches sowie der Nutzung eines einheitlichen Datenformates überzeugen zu können, haben das Bundesinnenministerium und das Land Hessen ein gemeinsames Koordinierungsprojekt beim IT-Planungsrat initialisiert.
Die gemeinsame Erklärung finden Sie unter www.bmi.bund.de , die Handlungsempfehlung unter www.verwaltung-innovativ.de . Weitere Information zum einheitlichen Datenformat finden Sie unter www.ferd-net.de .

Pressekontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
poststelle@bmi.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium des Innern (BMI)

10559 Berlin

bmi.bund.de
poststelle@bmi.bund.de

Das Bundesministerium des Innern ist verantwortlich für die innere Sicherheit. Dazu gehören sowohl die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger als auch der Schutz unserer Verfassung. Weiteres wesentliches Element im nationalen Sicherheitssystem ist der Aufgabenbereich Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe.Der Bundesminister des Innern kümmert sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in der Informationsgesellschaft. Er sorgt dafür, dass sie den neuen Informations- und Kommunikationstechniken vertrauen können und dass ihre Privatsphäre geschützt bleibt.Auch Migrations- und Integrationspolitik gehört zu den zentralen Aufgaben des Bundesinnenministeriums. Migration ist ein weltweites Phänomen, dessen Bedeutung seit Bestehen der Bundesrepublik stark zugenommen hat.Der Bundesminister des Innern ist ebenfalls zuständig für den öffentlichen Dienst. Über 5 Millionen Menschen sind in Deutschland beim Staat - beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden - beschäftigt.